

# Ist der Rechtsvorschlag gültig? Wie geht das Betreibungsverfahren weiter?

**«Ich wurde von einem Nachbarn zu Unrecht betrieben. Der Zahlungsbefehl wurde dabei meiner Frau ausgehändigt, welche umgehend Rechtsvorschlag erhob. Ist dieser Rechtsvorschlag gültig? Und wie geht das Betreibungsverfahren nun weiter?»**

In der Schweiz ist es zulässig, jemanden zu betreiben, ohne dass Belege einer tatsächlich bestehenden Schuld vorzuweisen wären. Das Betreibungsamt überprüft somit nicht, ob eine in Betreibung gesetzte Forderung tatsächlich besteht.

Wird der Bestand der betriebenen Forderung bestritten, muss der Schuldner gegen den Zahlungsbefehl Rechtsvorschlag erheben. Diesen hat er sofort dem Überbringer des Zahlungsbefehls oder innert 10 Tagen nach der Zustellung dem Betreibungsamt mündlich oder schriftlich zu erklären.

Wenn nun Ihre Frau an Ihrer Stelle Rechtsvorschlag erhebt, ist dies rechtmässig. Denn gemäss Art. 64 Abs. 1 SchKG ist der Zahlungsbefehl dem Schuldner in seiner Wohnung oder an seinem Arbeitsplatz zuzustellen. Wird der Schuldner selbst nicht angetroffen, kann die Zustellung auch an eine zu seiner Haushaltung gehörende erwachsene Person oder an einen Angestellten geschehen (Art. 64 Abs. 1 Satz 2 SchKG). Diese Person ist sodann auch berechtigt, für den Schuldner Rechtsvorschlag zu erheben.

Durch das Erheben des Rechtsvorschlags durch Ihre

Frau wurde das Betreibungsverfahren gestoppt (Art. 78 Abs. 1 SchKG). Um die Betreibung fortzusetzen, muss der Gläubiger nun ein Gerichtsverfahren anhängig machen. Je nach den Umständen und den ihm vorliegenden Beweismitteln kann der Gläubiger ein definitives oder provisorisches Rechtsöffnungsverfahren oder einen Anerkennungsprozess anstreben.

Jedoch hat die Einleitung des Betreibungsverfahrens die automatische Eintragung der Betreibung im Betreibungsregister zur Folge. Dieser Eintrag wird auch durch die Erklärung des Rechtsvorschlags nicht verhindert bzw. rückgängig gemacht. Ihnen stehen deshalb verschiedene Rechtsbehelfe zur Verfügung, um zu verhindern, dass eine ungerechtfertigte Betreibung für Dritte einsehbar wird.

Insbesondere gibt es seit dem 1. Januar 2019 ein einfaches und kostengünstiges Verfahren, um rasch und unkompliziert zu verhindern, dass Dritte von der ungerechtfertigten Betreibung Kenntnis erhalten. Der Schuldner kann nun nach Ablauf einer dreimonatigen Frist seit der Zustellung des Zahlungsbefehls beim Betreibungsamt ein entspre-

chendes Gesuch stellen (Art. 8a Abs. 3 lit. d SchKG). Dem vermeintlichen Gläubiger wird anschliessend eine 20-tägige Frist angesetzt, um nachzuweisen, dass er ein Verfahren zur Beseitigung des Rechtsvorschlags eingeleitet hat oder die geltend gemachte Forderung vom Schuldner beglichen wurde. Wenn der angebliche Gläubiger dies nicht nachweisen kann, wird dem Gesuch des vermeintlichen Schuldners stattgegeben und die Betreibung ist fortan für Dritte – zumindest so lange, wie der angebliche Gläubiger nicht aktiv wird – nicht mehr ersichtlich.



**Livia Danton-Schori,  
Rechtsanwältin  
und Notarin**

**Küng Rechtsanwälte &  
Notare AG, Gossau SG**

[www.kuenglaw-sg.ch](http://www.kuenglaw-sg.ch)

8. Juni 2020  
Livia Danton-Schori